

Russland – und wie weiter?



Wer die Gegenwart verstehen will,
der muß Vergangenheit KENNEN

Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz vom
30.04.2024 im Pfefferberg-Theater/Berlin

„Ja, Russland – und wie weiter?

Um in diesen aufgeheizten Zeiten Missverständnisse gar nicht erst aufkommen zu lassen, möchte ich zwei Vorbe-merkungen machen.

In der Schule habe ich mal gelernt, dass man etwas verste-hen muss, im Sinne von begreifen, bevor man zu einer tragfähigen Entscheidung kommen kann. Ich habe auch gelernt, dass ‚verstehen‘ nicht automatisch ‚Verständnis haben‘ bedeutet. Ich erwähne das nur deshalb, auch wenn ich’s langsam peinlich finde, dass immer und immer wie-derholen zu müssen, weil diese Erkenntnis offenbar in der letzten Zeit abhandengekommen ist. Wie sonst ist es zu er-klären, dass solche Begriffe wie ‚Russland-Versteher‘ oder gar ‚Putin-Versteher‘ heutzutage dazu führen, dass jemand für undiskutabel gehalten wird.

Der zweite Punkt bezieht sich auf die Begriffe ‚erklären‘ und ‚rechtfertigen‘. Auch das wird in der derzeitigen Diskus-sion gerne mal vermischt. Erklärungen stellen für sich ge-nommen einen Wert dar und sollten nicht zur Unterkatego-rie von Rechtfertigung degradiert werden. Das vergiftet jede inhaltliche Auseinandersetzung und führt zu völlig un-nötiger Polarisierung. Und die orientiert sich dann eben we-niger an Fakten, als an Personen. Und dadurch führt es in der Sache zwangsläufig zu nichts. Ich bitte Sie also, diese beiden Punkte zur Kenntnis zu nehmen und sie möglichst während meiner Ausführungen auch nicht zu vergessen.

Dann also zur Sache. Mit Blick auf Russland gilt es, eine Grundsatzfrage zu beantworten:

Verfolgt Russland imperialistische Ziele?

Und müssen wir Warnungen von Experten ernstnehmen, die schon eine Art Zeitplan aufstellen, bis wann die Russen in Berlin stehen, nachdem sie sich Polen und die balti-schen Staaten einverleibt haben? Oder ging und geht es Russland um eine funktionierende Sicherheitsarchitektur, die Russland mit einschließt? Darauf gilt es, eine faktenba-sierte Antwort zu finden. Nicht getrübt durch eine ideologi-sierende oder moralisierende Brille. Allerdings auch nicht durch eine naive.

Das heißt, man muss zunächst mal Interessen auf den Grund gehen. Vor dem Krieg habe ich russische Interessen immer folgendermaßen skizziert: Ruhe, im Inneren und an den Grenzen, um den komplizierten Umgestaltungspro-cess, der ja längst nicht abgeschlossen ist, weiterzuführen. Austausch und Zusammenarbeit mit dem Ausland, um sich weiter zu entwickeln. Akzeptanz und Sicherheitsgarantien des Westens, um sich auf die inneren Aufgaben konzent-rieren zu können.

Das heißt, ein Krieg macht vor diesem Hintergrund über-haupt keinen Sinn. Warum also der Überfall auf die Ukra-ine? Ein lang gehegter Plan, so wie einige das ja behaup-ten, kann es nicht gewesen sein, denn sonst hätte Russ-land die Ukraine sinnvollerweise vor 8 oder 10 Jahren überfallen. Die Chance, das damals schnell zu einem für Russland erfolgreichen Ende zu bringen, die wäre auf je-den Fall größer gewesen, da die Ukraine damals wesent-lich verwundbarer war. Die Ausstattung mit westlichem Mili-tärgerät in nennenswertem Umfang, die begann ja erst. Nochmal, warum also der Überfall auf die Ukraine zu die-sem Zeitpunkt?

Wer die Gegenwart verstehen will, der muss die Vergan-genheit zumindest ansatzweise kennen. Alles hat eine Vor-geschichte.

Um Realität zu begreifen, ist es notwendig, über Chronologien Bescheid zu wissen, Ursache und Wirkung nicht zu verwechseln. Und zumindest zu versuchen, herauszufinden, wer in einer Angelegenheit agiert und wer reagiert. Das hat mit rechtfertigen nichts zu tun. Nun könnte man sagen: Was nützt das jetzt alles noch? Es wird geschossen und gestorben.

Doch, es nützt nicht nur – es geht gar nicht ohne, wenn man an einer tragfähigen Lösung für die Zukunft ernsthaft interessiert ist. Denn in dieser Lösung müssen sich alle Beteiligten irgendwie wiederfinden. Wenn es funktionieren soll. Und so schwer einigen diese Erkenntnis auch fallen mag, Moral kann niemals politische Analyse ersetzen.

Natürlich plädiere ich nicht für eine Politik ohne Moral. Ganz im Gegenteil. Aber für mich zeichnet sich moralische Außenpolitik z.B. dadurch aus, dass man die Dinge bis zum Ende denkt und dass man das Wohl von Menschen ganz konkret im Blick hat. Und nicht das mustergültige Befolgen abstrakter Prinzipien, nach denen man sich selber richtet.

Werfen wir also einen Blick auf das, was sich im Vorfeld des russischen Angriffs abgespielt hat. Was in unserer Berichterstattung aber eher nicht vorkam und wenn doch, dann von vorneherein als russische Propaganda identifiziert wurde.

Um auch da keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Natürlich gibt's russische Propaganda, ist ja überhaupt keine Frage. Wobei – Propaganda können sie alle! Das ist kein Alleinstellungsmerkmal Moskaus. Also klar gibt es das. Aber nicht jeder russische Blickwinkel ist Propaganda. Das zu behaupten, ist lediglich die bequemste Variante, sich nicht inhaltlich damit auseinander setzen zu müssen.

Fakt ist, dass in den östlichen Gebieten in der Ukraine seit 2014 Krieg herrscht. Nicht erst seit 2022.

Sie erinnern sich? Die Verwaltungsbezirke Donezk und Luhansk im Donbass, die wollten zunächst mehr Autonomierechte innerhalb der Ukraine und haben sich dann für unabhängig erklärt, weil sie den Umsturz in Kiew nicht mitmachen wollten, der für sie nichts Gutes verhiess. Das lässt sich im Einzelnen auch belegen. Und wie so oft ist auch da die Chronologie von entscheidender Bedeutung, um Dinge real einschätzen zu können. Dass Russland das später für seine Zwecke instrumentalisiert hat, das will ich ja gar nicht bestreiten.

Aber der Ausgangspunkt war ein absolut innerukrainischer. Jedenfalls versucht die Kiewer Regierung seitdem, diese Gebiete mit militärischer Gewalt wieder zurück zu erobern. Die nennt das allerdings auch nicht Krieg, sondern ‚Anti-Terror-Operation‘..

Aber diese semantischen Feinheiten, die gibt's ja auch bei uns: Bundeskanzler Scholz hat vor einiger Zeit in einer Gesprächssendung vom ‚amerikanischen Engagement in Afghanistan‘ gesprochen und natürlich den Krieg dort gemeint. ‚Engagement‘ hört sich ja noch besser an, als ‚Spezialoperation‘.

Das Leid in der Ost-Ukraine wurde vom politischen Westen eher nicht zur Kenntnis genommen. Trotz der insgesamt etwa 14.000 getöteten Zivilisten bis zum russischen Angriff vor gut 2 Jahren. Und trotz der regelmäßigen Berichte der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa).

Da gab's auch getötete Kinder. In Donezk steht seit dem 1. Juni 2017 ein Denkmal für Kinder, die Opfer von Bombardements geworden sind, auf dem fast 200 Namen stehen. Also innerhalb von 3 Jahren.

Etwa 1 Jahr vor Kriegsbeginn hat der ukrainische Präsident Selenskyj ein Dekret erlassen, in dem die Rückeroberung der Krim quasi angeordnet wurde.

Einige Zeit später begann man damit, ukrainische Streitkräfte zusammenzuziehen – im Süden und Osten des Landes – was Russland natürlich nicht verborgen geblieben ist. Dabei handelte es sich, je nach Quelle, um 60.000 bis 80.000 Soldaten. Parallel dazu fanden zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee diverse NATO-Manöver statt. Und die Zahl der Aufklärungsflüge der USA an der ukrainisch-russischen Grenze, die stieg nennenswert.

Im November 2021, also 3 Monate vor dem russischen Angriff, haben die USA und die Ukraine ein Abkommen über strategische Partnerschaft geschlossen, in dem sowohl die Rückeroberung der Krim, als auch die NATO-Perspektive als Ziele genannt wurden. Im Januar 2022, also einen Monat vor dem russischen Angriff, hat die NATO die Ukraine eingeladen, an der NATO-Agenda 2030 mitzuarbeiten. Also dem Strategiepapier der NATO. Und dass, obwohl die Ukraine gar kein NATO-Mitglied ist.

Und, wie man jüngst in der New York Times lesen konnte: Die USA betreiben seit etwa 8 Jahren 12 geheime (jetzt nicht mehr...) CIA-Basen an der ukrainisch-russischen Grenze.

Dieses Engagement amerikanischer Geheimdienste soll, so die New York Times, eine Schlüsselrolle gespielt haben

bei der Entscheidung des russischen Präsidenten im Februar 2022, in die Ukraine einzumarschieren.

Moskau habe nämlich befürchtet, dass sich die Ukraine, mit Hilfe der CIA, des britischen Auslandsgeheimdienstes MI6 und weiterer westlicher Dienste, in ein Sprungbrett für Operationen gegen Russland verwandelt.

Wenn zum Zeitpunkt des Angriffs damals solche Überlegungen geäußert wurden - also Geheimdienst und NATO-Aktivitäten auf ukrainischem Boden als Auslöser für den letztlich nicht im russischen Interesse liegenden Krieg - dann war schnell von Verschwörungstheorie die Rede. Auch die gibt's natürlich – überhaupt keine Frage. Aber kennen Sie den Unterschied zwischen Verschwörungstheorie und Wahrheit? – Mindestens 12 Monate... stammt nicht von mir... - Ich weiß leider auch nicht mehr, wer das gesagt hat. Aber es hat was. Fazit bis hierher:

Die Vorgeschichte des russischen Einmarschs stellte in mehrfacher Hinsicht – aus russischer Perspektive – eine Bedrohung für Russland dar. Schon gar, weil fast alle Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge nicht mehr gelten, die in der Vergangenheit dafür gesorgt haben, dass sich die Unterzeichner wenigstens halbwegs sicher fühlen konnten. Und es waren die USA, die diese Abkommen, eins nach dem anderen, gekündigt haben. Nicht Russland.

Nichtsdestotrotz: Der russische Einmarsch am 24. Februar 2022 war völkerrechtswidrig.

Etwa einen Monat nach Kriegsbeginn hatte man in Kiew Angst davor, von russischen Truppen überrannt zu werden und in Moskau musste man feststellen, dass das mit dem Vormarsch nicht so lief, wie gedacht.

Die Voraussetzungen für Verhandlungen und ein schnelles Ende des Krieges, die waren also ziemlich gut. Auf Bitten des ukrainischen Präsidenten hat sich der damalige israelische Premierminister Bennett als Vermittler betätigt.

Und wie Sie ja vermutlich wissen: **Es kam im März 2022 in Istanbul zu Verhandlungen, die erfolgreich verliefen.**

Und zwar ganz im Sinne der Ukraine. Parallel dazu fanden direkte Verhandlungen zwischen einer ukrainischen und einer russischen Delegation statt, die sich schon in der dritten Märzwoche auf die Grundzüge einer Vereinbarung geeinigt hatten.

Grob gesagt, bedeutete das: Die Ukraine verzichtet auf eine NATO-Mitgliedschaft und duldet auch keine ausländischen Militärbasen auf ihrem Territorium. Und Russland versprach, die territoriale Integrität der Ukraine zu respektieren und seine Truppen abzuziehen. Damit ist Russland im Übrigen auch in Vorleistung getreten, um seinen guten Willen zu zeigen. Die russischen Truppen haben sich damals aus dem Raum Charkiw und vor Kiew zurückgezogen.

Für den Donbass und die Krim – das war ja komplizierter – da gab es spezielle Regelungen. Genauer sollte im Laufe von 15 Jahren friedlich, wie es ausdrücklich vermerkt war, ausgehandelt werden.

Alles wunderbar, sollte man meinen. **Und dann gab es am 24. März 2022 – also 4 Wochen nach Kriegsbeginn – einen NATO-Sondergipfel in Brüssel, auf dem schlicht festgelegt wurde, die Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und Russland nicht zu unterstützen. Warum?**

Das brachte der **amerikanische Verteidigungsminister Lloyd Austin** bei seinem Besuch in Kiew einen Tag später auf folgenden Punkt: **„Man wolle die Gelegenheit nutzen, Russland durch diesen Krieg auf Dauer militärisch und wirtschaftlich zu schwächen“.**

Es ging also nicht um den Schutz der Ukraine – oder darum, in der Ukraine unsere Freiheit zu verteidigen. Das hat, nebenbei bemerkt, auch am Hindukusch schon nicht funktioniert...

Noch am 27. März, also 2 Tage später, zeigte sich Selenskyj zuversichtlich, was diese Friedensvereinbarung betraf und sprach wie selbstverständlich davon, dass er sich sehr wohl vorstellen könne, dass die Ukraine neutral bliebe, also nicht NATO-Mitglied werde.

Und dann reiste der damalige britische Premierminister Boris Johnson überraschend nach Kiew – das war am 9. April – und machte Selenskyj nachdrücklich klar, dass eine Beendigung des Krieges zu diesem Zeitpunkt nicht im Interesse der westlichen Staatengemeinschaft liege. **Und fortan wollte Selenskyj von all dem, was erreicht worden war, nichts mehr wissen...**

Um das an dieser Stelle mal einzuschieben, dass die Ukraine bzw. ihre Repräsentanten so vehement vom Westen Waffenhilfe fordern, nicht erbitten.

Und dass Selenskyj Anfang April gesagt hat, das Zögern bei Waffenlieferungen sei inakzeptabel, ist ja schon harter Tobak, sich so auszudrücken... Aber der Hintergrund ist natürlich klar. „Wenn ihr westlichen Staaten das Ende des Krieges nicht haben wolltet, ja dann helft uns gefälligst, das jetzt durchzustehen“.

Ein besonders infamer Schachzug in Politik als auch in Medien besteht darin, dass die Entdeckung der Kriegsverbrechen von Butscha, nach wie vor, für das Scheitern der Friedensverhandlungen verantwortlich gemacht wird. So schrecklich das alles ist – aber das eine hat mit dem anderen nichts zu tun.

Nur insofern, als ein ins Auge gefasstes Treffen zwischen dem ukrainischen und dem russischen Präsidenten, um weitere Details zu klären, dass das mit Hinweis auf Butscha verschoben wurde bzw. dann wegen der weiteren Entwicklung der Dinge nicht mehr zustande kam.

Die bereits parafierte Istanbuler Vereinbarung ist also nicht an Butscha gescheitert, sondern am Willen der westlichen Staatengemeinschaft.

Der brasilianische Präsident Lula da Silva hat Recht, wenn er sagt: ‚Russland trägt die alleinige Verantwortung für den Ausbruch des Krieges.‘ – **Aber mittlerweile sind die USA und Europa verantwortlich für die Förderung eines Stellvertreterkrieges. Und man muss feststellen, dass der Rest der Welt nicht unbedingt bereit ist, sich daran zu beteiligen.**

Nur jemand mit eurozentristischem Blick und einer gewissen Arroganz kann behaupten, Russland sei isoliert.

Obwohl mittlerweile an allen Ecken und Kanten durchsickert, dass die Ukraine aus den verschiedensten Gründen diesen Krieg nicht gewinnen kann. Obwohl in den USA mittlerweile eine Strategie verfolgt wird, in der für Selenskyj kein Platz mehr zu sein scheint. Weil man diesen Unruheherd loswerden möchte.

Obwohl das alles so ist, diskutiert unsere politische Elite ernsthaft darüber, ob das hochmoderne Taurus-Raketensystem mit großer Reichweite und ebensolcher Präzision an die Ukraine geliefert werden soll. Und in den Medien wird moralisch gedrängelt, das doch endlich zu tun.

In der Politik und in den einschlägigen Talk-Shows wird ja gerne die Frage gestellt: ‚Muss Deutschland in der Welt nicht mehr Verantwortung übernehmen?‘ Das ist eine durchaus berechtigte Frage.

Aber der Zeitgeist, oder wer auch immer, hat dafür gesorgt, dass man den Begriff ‚Verantwortung‘ gleichsetzt mit ‚Waffenlieferung‘ und ‚Kriegsbereitschaft‘. Das heißt im Umkehrschluss: Wenn Deutschland der Ukraine nicht schnell und ausreichend mit leistungsstarken Waffensystemen zur Seite steht, dann drückt es sich davor, Verantwortung zu übernehmen. Das ist ziemlich infam.

Man könnte ja auch auf die Idee kommen, dass ‚mehr Verantwortung übernehmen‘ was ganz anderes bedeutet. Zum Beispiel Verhandlungen zu initiieren oder sich um einen Friedensplan zu kümmern.

Diplomatie ist das Kerngeschäft der Politik. Waffenlieferungen sind eher eine Bankrott-Erklärung derselben.

Zur Verantwortung gehört sicher auch, angesichts der geopolitischen Verwerfungen, das Wohlergehen des eigenen Landes im Auge zu haben.

Das ist ein absolut legitimer Gedanke, den ich noch ein kleinwenig ausführen möchte.

Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages hat bereits im März 2022 auf eine Anfrage, durch welche Aktivitäten man zur Kriegspartei wird, sinngemäß folgendes geantwortet:

„Nicht durch Waffenlieferung, aber durch die Ausbildung von Soldaten verlässt man den gesicherten Bereich der Nicht-Kriegsteilnahme.“ Das heißt: Wir befinden uns bereits seit geraumer Zeit außerhalb dieses gesicherten Bereichs! Die Bundeswehr hat sogar eine Führungsrolle innerhalb eines EU-Ausbildungsprogramms übernommen. Und der dafür zuständige Bundeswehr-Generalmajor Christian Freuding hat schon Ende des vergangenen Jahres nicht ohne Stolz verkündet, dass seit Kriegsbeginn 8.000 ukrainische Soldaten eine Ausbildung bei der Bundeswehr durchlaufen haben.

Es hält also schon lange nicht mehr von uns ab, ob wir Kriegspartei sind oder nicht. Sondern davon, wie unser Verhalten in Moskau wahrgenommen wird. Müsste über derlei im wahrsten Sinne des Wortes existenzielle Fragen nicht offen und öffentlich debattiert werden?

Wie weit gehen wir denn in der Unterstützung der Ukraine, wenn wir damit den eigenen Interessen schaden? Nicht nur wirtschaftlich, sondern mit Blick auf Krieg und Frieden.

Was ist denn mit dem Eid, den Kanzler und Minister bei Amtsantritt feierlich ablegen: „Schaden vom deutschen Volk abzuwenden...“? Was ist denn mit dem Friedensgebot im Grundgesetz?

Diese Debatten finden in der sogenannten Mitte der Gesellschaft eher nicht statt. Ich halte das nicht nur für einen Fehler, sondern für systemgefährdend.

Denn es führt zur Aushöhlung demokratischen Denkens und das sollten wir in Deutschland nach unserer Vorgesichte vielleicht nicht riskieren. Es kann nicht sein, dass in unserem Land derartige Debatten mit Hinweis darauf abgeblockt werden: „Man lasse sich auf diese Weise vor falsche Karren spannen“.

Es muss Demokraten doch zu denken geben, dass bevor es das Bündnis Sahra Wagenknecht gab, die AFD die einzige Partei war, die sich solchen Fragen gewidmet und sich auch gegen Russland-Sanktionen ausgesprochen hat. Mit der nicht ganz falschen Begründung, dass die unserem Land mehr schaden, als dem, dem sie eigentlich schaden sollen. Nämlich Russland.

In dem Zusammenhang ist ein Satz des Kabarettisten Andreas Rebers hilfreich. Der meinte nämlich mal: „Wenn ich etwas Richtiges sage, was den falschen Leuten gefällt, dann wird das Richtige dadurch nicht automatisch falsch“. Genauso ist das.

Ich möchte noch etwas loswerden. Vielleicht nur eine Randnotiz. Aber in meinen Augen symptomatisch. Ich kann mich noch an Zeiten erinnern, als man einen Querdenker für etwas Positives hielt. Als dieser Begriff in Stellenanzeigen ein Qualitätsmerkmal war. Jemand, der quer denkt. Nach so jemand hat man händeringend gesucht.

Es heißt ja, man kann Probleme nicht mit derselben Denke lösen, durch die sie entstanden sind. Also Denker, die quer denken, die sind da vielleicht ganz hilfreich.

Aber dieser schöne Begriff ist verbrannt. Wenn Sie heute als Querdenker gelten, dann sind Sie raus. Der Begriff wurde einfach umgewidmet.

Falls das eine Idee einer PR-Agentur war, kann man nur gratulieren. Jedenfalls passt es in die weitverbreitete Grundhaltung in Politik und Leitmedien, sich auf keinen Fall die Deutungshoheit aus der Hand nehmen zu lassen.

Zu dieser unappetitlichen Gemengelage fällt mir ein weiser Spruch von Jean Paul ein, dem deutschen Schriftsteller, der 1825 gestorben ist. Der hat gesagt: ‚Man darf mit Erlaubnis der Obrigkeit dumm, aber nicht ohne sie klug sein.‘

Jetzt schauen wir etwas intensiver auf die Ukraine. Denn es wäre ja sinnvoll, nicht nur Russland zu verstehen, sondern auch die Ukraine. Und auch hier ist ‚verstehen‘ nicht identisch mit ‚Verständnis haben‘, bzw. umgekehrt. Wer so vehement uneingeschränktes Verständnis und ebensolche Unterstützung für die Ukraine äußert, eine Art unkritische Fan-Kultur betreibt, der hat die Ukraine vielleicht gar nicht richtig verstanden.

Dazu würde ich Ihnen gerne ein Buch empfehlen. Es heißt: ‚The Tragedy of Ukraine‘ – die Tragödie der Ukraine – Und geschrieben von Nikolai Petro, Politikprofessor an der U.S.-amerikanischen Universität Rhode Island. Da geht es um nicht weniger, als um die ukrainische Identität und den innerukrainischen Streit darüber.

Und das ist nichts, was mit der 1991 selbstständig gewordenen Ukraine begonnen oder irgendetwas mit russischer Einmischung zu tun hätte.

Die kämpferische Auseinandersetzung um ukrainische Identität ist gut 150 Jahre alt. Die galizischen und westukrainischen Intellektuellen hatten von dieser Identität eine ganz andere Vorstellung, als die in Ost- und Südukraine. Und dieser Streit ist nie wirklich beigelegt worden.

Was man auch nicht vergessen darf: Das Drama, das sich während des Zweiten Weltkrieges in der Ukraine abgespielt hat. Ein Teil kollaborierte mit Hitler, ein anderer Teil arbeitete auf Seiten der Roten Armee, kämpfte auf Seiten der Roten Armee.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges fanden sich auf diese Weise Sieger und Besiegte eben nicht in unterschiedlichen Ländern, getrennt durch Grenzen, wieder – sondern innerhalb eines Landes. Dessen Territorium sich auch noch ausdehnte. Die 1939 schon einmal in Besitz genommene ehemals polnische Westukraine kam endgültig hinzu. Ebenso einige kleinere rumänische und tschechoslowakische Gebiete. Also alles sehr kompliziert.

Professor Petro ist nicht der Einzige, der in dieser fehlenden Identität den Nährboden für das Gezerre um die Ukraine sieht. Denn hätte es diese gemeinsame Identität gegeben bzw. würde es sie geben, dann hätten weder Russland noch die EU mit ihrem Assoziierungsabkommen die Chance gehabt, das Land auf eine Seite zu ziehen. Und die Ukraine hätte ihre Brückenfunktion zwischen Ost und West, von der sie letztlich immer profitiert hat, ausbauen können.

Der grundlegende ukrainische Fehler besteht meines Erachtens darin, diesem Gebilde, dem eine staatliche Kontinuität fehlt, keine föderale Struktur gegeben zu haben und auch weiterhin nicht geben zu wollen. Das haben einige ukrainische Präsidenten in der Vergangenheit durchaus versucht, sind aber immer an nationalistischen Strömungen im Westen des Landes gescheitert. Das lässt sich im Einzelnen belegen und ist leider keine russische Propaganda.

Auf die fehlende staatliche Kontinuität der Ukraine hinzuweisen, hat nichts damit zu tun, der Ukraine ihr Existenzrecht abzusprechen.

Es hat allerdings eine Menge damit zu tun, tragfähige politische Lösungen zu finden. Und das funktioniert erfahrungsgemäß nur, wenn man die Historie berücksichtigt. Denn man braucht ein stabiles Fundament, wenn man etwas Haltbares aufbauen möchte.

Das Gebiet der heutigen Ukraine wurde nie ausschließlich von Menschen bewohnt, die sich als Ukrainer begriffen. Auf Grund der geographischen Lage und der wechselvollen Geschichte gab es dort immer starke ethnische und auch religiöse Minderheiten, seien es Russen, Polen, Deutsche, Rumänen, Tschechen oder eben Juden und Muslime.

Als die Sowjetunion entstand, existierte eine westukrainische Volksrepublik auf dem ehemals habsburgischen Territorium. Nach dem Zusammenbruch von Österreich-Ungarn. Und eine ukrainische Volksrepublik aus der Konkursmasse des russischen Reiches.

Beide Republiken wurden in dieser Zeit sowohl von der im Entstehen begriffenen Sowjetunion bedrängt, als auch von Ländern wie Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei. Der größte Teil der heutigen Ukraine wurde dann im Dezember 1922 zur Sowjetrepublik. Die Ukraine, wie wir sie heute kennen, die existiert seit August 1991. Also nicht mal 33 Jahre. Da ist das zwangsläufig ein Problem mit der ukrainischen Identität. Und dieses Problem löst sich nicht dadurch, dass man es ignoriert oder schönredet. Das ist harte politische Arbeit, in dieser hochgradig komplizierten Gemengelage eine friedliche Lösung zu finden.

Nochmal zurück zu Russland und der westlichen Sorge, die Ukraine sei für Putins Eroberungspläne ja nur der Anfang. Als Beweis für Putins Imperialismus dient unter anderem seine Aussage: „der Zerfall der Sowjetunion sei die größte Katastrophe seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gewesen“. Das hat er in der Tat gesagt.

Ja, aber das mit der Katastrophe bezieht sich einzig und allein auf die katastrophalen Lebensbedingungen, die dieser Zerfall auf allen Ebenen für die Menschen mit sich gebracht hat und nicht auf irgendwelche ideologisch verbrämten Expansionsgelüste.

Der Zerfall der Sowjetunion war mit Blick auf das ganz normale praktische Dasein der Menschen ein einziger Überlebenskampf. Das muss man in unterschiedlichen Teilen dieser Republik unterschiedlich stark betonen. Kein Stein blieb auf dem anderen. Soziale Netze waren weg, Orientierungen verloren, von der wirtschaftlichen Not will ich gar nicht reden. Erinnern Sie sich noch an die Hilfslieferungen aus Deutschland in die Sowjetunion?

In aufwendigen Fernseh-Galas wurden bemerkenswerte Summen gesammelt. Lange her. Aber das ist mit der Katastrophe gemeint.

Sicher auch der Bedeutungsverlust auf der weltpolitischen Bühne ist nicht zu unterschätzen. Aber der Begriff der Katastrophe bezog sich immer auf diese extrem harten Lebensbedingungen!

So bekannt dieses Zitat der Katastrophe ist, so wenig bekannt ist das Folgende, das auch von Putin stammt: „Wer die Sowjetunion nicht vermisst, hat kein Herz. Wer sie sich zurückwünscht, keinen Verstand.“ Warum wohl ist dieses Zitat eher weniger bekannt? – Es passt nicht ins Narrativ.

Vielleicht haben Sie sich ja auch schon mal Gedanken darüber gemacht, woher dieser Begriff ‚Narrativ‘ so plötzlich in der öffentlichen Diskussion aufgetaucht ist. Was früher mit dem Wort ‚Wahrheit‘ umschrieben wurde, das heißt ja seit einer ganzen Weile schon ‚Narrativ‘.

Ein Problem, das mit Narrativen einhergeht, besteht darin, dass es, je nach Land, gute und schlechte bzw. falsche und richtige Narrative gibt. Und das eigene ist natürlich das ‚Gute‘ und das ‚Richtige‘. Und kaum einer merkt, dass man sich allein durch die Benutzung des Begriffs ‚Narrativ‘ im Grunde von der Aussage des Narratives distanziert.

Denn, wenn es sowas wie Wahrheit wäre, dann würde man es ja nicht ‚Narrativ‘ nennen, also Erzählung. Narrativ heißt ja nichts anderes, als erzählend. Ganze PR-Abteilungen erarbeiten Narrative, auch und gerade im Krisen-Management. Denn mit Narrativen lassen sich sowohl rational als auch emotional Botschaften vermitteln, die dafür sorgen, dass man Dinge in einer ganz bestimmten Weise wahrnimmt.

Ein wichtiges aktuelles Narrativ besteht darin, das Feindbild ‚Sowjetunion‘ durch das Feindbild ‚Russland‘ zu ersetzen. Und die Angst vor einem russischen Angriff über die Ukraine hinaus zu schüren, damit die Bevölkerung die enormen Kraftanstrengungen, die der Ukrainekrieg für unsere Gesellschaft mit sich bringt, ohne zu murren mitmacht.

Und es wäre ja nicht das erste Mal in der Geschichte, dass Freund-Feind-Bilder und die Dämonisierung des Gegners dazu dienen, eine ganze Gesellschaft kriegsbereit zu machen.

Unser Verteidigungsminister, der heißt ja nicht ‚Kriegsminister‘. Unser Verteidigungsminister benutzt zunehmend die Begriffe ‚kriegsbereit‘ und ‚kriegstüchtig‘ statt ‚wehrhaft‘ und ‚verteidigungsfähig‘. Das unterläuft ihm ja nicht aus Versehen.

Tatsache ist: Der Krieg in der Ukraine schadet Deutschland. Die russische Wirtschaft wächst. Die deutsche schrumpft. Menschen in Deutschland fragen sich schon, warum Milliarden für die Bewaffnung der Ukraine ausgegeben werden. Obwohl es andere Lösungen geben könnte, wenn es denn den politischen Willen dafür gäbe. Und auf der anderen Seite verkommen bei uns Infra-Struktur und Bildung.

Und wenn diejenigen, die solche Themen ansprechen, die solche Fragen stellen, von den ‚Guten‘ stigmatisiert werden, dann führt das nicht zu den dringend notwendigen Debatten, sondern zu Radikalisierung. Übrigens: Die USA, die machen das geschickter. Die verschenken ihre Waffen nicht, die leasen sie auch und für einen Teil der Kosten kommt die EU auf. Aber das nur nebenbei.

Noch ein Gedanke zu Narrativen. Das Problem: Wenn sich ein Narrativ in der veröffentlichten Meinung durchgesetzt hat und zwar ganz gleich, um welches Thema es sich handelt und auch völlig unabhängig davon, wie sich die öffentliche Meinung im Gegensatz dazu darstellt. Wenn sich ein Narrativ in der veröffentlichten Meinung durchgesetzt hat, dann werden dort keine Argumente mehr ausgetauscht, sondern die Deutungshoheit beansprucht. Und jeder, der sich abseits des Narratives bewegt – man könnte das auch Mainstream nennen – der macht sich verdächtig. Zum Begriff des Narratives muss man einfach wissen, dass damit immer eine bestimmte Wirkung beabsichtigt ist.

Was wir bei uns Narrativ nennen, das bezeichnen wir in anderen Ländern gerne auch mal als Propaganda. In dem Zusammenhang:

Ich finde es ein Unding, dass die größte Deutsche Presseagentur, dpa, auf Umwegen über eine Stiftung jetzt großzügig mit Mitteln aus dem Innenministerium alimentiert wird. Von einer Million Euro ist da die Rede. Angeblich zur Stärkung der Demokratie. Desinformation soll bekämpft werden. Ja, aber das ist der Job einer Presseagentur. Das ist der Job von Journalisten. Was bitte soll man davon halten, wenn es dafür Geld von der Regierung gibt und das dann auch noch in der Größenordnung?

Aber das passt zur schleichenden Aushöhlung der bei uns verfassungsrechtlich garantierten Meinungsfreiheit.

Stichwort: Digital-Services-Act. Der ist ja Anfang des Jahres in Brüssel in Kraft getreten. Mit der Begründung, sich gegen Desinformation und Propaganda aus dem Ausland schützen zu wollen und strenge Regeln zur Wahrung europäischer Werte festzuschreiben.

Das Problem besteht nur darin, dass der Begriff ‚Desinformation‘ an keiner Stelle belastbar definiert ist. Die Europäische Kommission hat allerdings schon 2018, in der Vorbereitung dieses Acts, klargestellt, dass Desinformationen unter anderem solche sind, die öffentlichen Schaden anrichten können.

Und dann werden so Dinge aufgeführt, wie: ‚Bedrohungen für die demokratischen politischen Prozesse‘ und ‚die politische Entscheidungsfindung‘. Das heißt in der Konsequenz, politisch unliebsame Meinungen können auf dieser Grundlage ganz leicht und legal verdrängt werden.

Und vor diesem Hintergrund bezahlt eine Regierungsstelle eine Nachrichten-Agentur. Nicht in Russland oder China, bei uns.

In diesen Zeiten der Zeitenwende empfiehlt es sich, hin und wieder sozusagen pro-aktiv auf mögliche Missverständnisse hinzuweisen. Deshalb ja auch meine beiden Vorbemerkungen zu Beginn.

Also: Wenn ich das Verhalten des politischen Westens so kritisch beleuchte, dann heißt das ja nicht, dass ich der Überzeugung wäre, Russland hätte alles richtig gemacht und sei lediglich das arme Opfer. Das sind nicht die Kategorien, in denen ich denke.

Fehler sind in der Vergangenheit von beiden Seiten gemacht worden. Aber da die Fehler des politischen Westens in der veröffentlichten Meinung eher nicht behandelt werden, versuche ich mit meiner Arbeit gewisse Lücken zu schließen.

In der Gesamtschau erweisen sich die letzten 40 Jahre im Grunde als eine Ansammlung verpasster Gelegenheiten. Das begann unmittelbar nach dem Zerfall der Sowjetunion und Gorbatschows Vision vom Aufbau eines gemeinsamen europäischen Hauses. Es ging weiter mit der verpassten Chance, eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur unter Einbeziehung Russlands hinzukriegen. Kaum einer erinnert sich noch an die enge Zusammenarbeit zwischen NATO und Russland. Da gab es gemeinsame Manöver unter Federführung der USA.

Und der vorläufige Höhepunkt war und ist das Gezerre um die Ukraine. Es heißt ja ‚aus der Geschichte lernen‘.

Aber man muss immer wieder feststellen, dass die Menschheit offenbar doch nicht in der Lage ist, aus der Geschichte zu lernen und immer wieder dieselben verheerenden Fehler macht.

Ich habe mich während meines Studiums mit der Erforschung von Freund-Feind-Bildern beschäftigt. Und dazu in meiner Magisterarbeit und auch in der Dissertation Schulfunk-Programm untersucht. Denn das ist ja von entscheidender Bedeutung, was wir unseren Kindern beibringen.

Ich bin ein großer Anhänger von Authentizität. Und deshalb möchte ich Ihnen jetzt etwa 2 Minuten aus meiner Dissertation vorlesen, statt nur davon zu erzählen. Und zwar geht es um eine Schulfunksendung von Radio Bremen, die am 25. August 1958 zum Thema ‚Warschauer Pakt‘ im Hörfunk ausgestrahlt wurde.

Das Thema wurde als Hörspiel in Form eines fiktiven Gesprächs in einem Interzonen-Zug zwischen der Westberliner Familie Müller und einem Russen behandelt und liest sich in meine Dissertation so:

Trotz der eindringlichen Warnung seiner Frau: „Fang‘ bloß kein Gespräch mit diesem Russen an.“ – nutzt Herr Müller diese so günstige Gelegenheit zu einem politischen Meinungsaustausch. Die unterschiedlichen Ansichten prallen hart aufeinander, aber keine Seite bekommt den schwarzen Peter zugeschoben. Immer wieder greift der Erzähler erklärend ein: „Wer die russische Politik gegenüber Deutschland verstehen will, muss sich darüber klar sein, dass auf ihr noch immer das Trauma des deutschen Überfalls von 1941 lastet.“

Als der Zug schließlich in Berlin einläuft, bedauert Herr Müller, dass man sich nicht verständigen konnte. Aber er und der Russe sind sich einig darin, dass schon etwas gewonnen ist, wenn man miteinander redet und die gegenseitigen Standpunkte kennenlernt. – Zu Hause angekommen, ist die Unterhaltung aus dem Zug noch einmal Familien-Thema. Auf die resignierende Feststellung: ‚Aber der Russe habe ihn ja gar nicht verstanden und sei überhaupt nicht auf seine Standpunkte eingegangen.‘, schaltet sich Sohn Fritz ein: „Wahrscheinlich denkt der Russe umgekehrt genau das Gleiche von Dir, Papa. Weil Du auf seinen Standpunkt auch nicht eingegangen bist. Ihr habt euch eigentlich nichts anderes erzählt, als dass ihr euch gegenseitig bedroht fühlt. Du durch den Kommunismus und er durch den Kapitalismus.“ Darauf Herr Müller: „Aber, wenn das so ist, dass unsere ganze Politik heute von Misstrauen und Furcht vor gegenseitiger Bedrohung beherrscht wird, ja dann müssen wir eben anfangen und versuchen, die Ursachen dafür aus der Welt zu schaffen.“

Soweit war man also bereits. 1958.

Bevor ich noch einen genaueren Blick auf das Thema Berichterstattung werfe, möchte ich Ihnen noch ein paar Informationen zum Thema ‚Krim‘ zumuten.

Die Krim ist ja eine der ganz großen Stolpersteine in diesem Konflikt bzw. Krieg. Michael Gorbatschow hat zum Ende seiner Amtszeit an einem neuen Unionsvertrag gearbeitet. Man vergisst die Dinge so schnell. Es sollte zu einem mehr oder weniger lockeren Verbund der einzelnen Sowjetrepubliken kommen, die im Grunde selbstständige Subjekte werden sollten.

Zu dieser Zeit, das war im Januar 1991, da gab es schon mal ein Referendum auf der Krim. Das war total neu innerhalb der Sowjetunion. Das gab es vorher noch nicht und die Frage lautete: Sind Sie für die Wiederherstellung der autonomen Republik Krim als Subjekt der UDSSR und Mitglied des Unionsvertrages? Und 93% stimmten mit ja.

Also schon damals wurde sowohl der Wunsch nach mehr Selbständigkeit geäußert, als auch die Bereitschaft, in diese neue Union integriert zu werden. Das ist jetzt leider ein bisschen kompliziert, aber das ist nötig, wenn man die Hintergründe verstehen will.

Die Krim war damals Teil der ukrainischen Sowjetrepublik, weil der frühere Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Nikita Chruschtschow, die Krim 1954 an die Ukraine verschenkt hat. Der Anlass war übrigens der Jahrestag der 300-jährigen Zugehörigkeit der Ukraine zum russischen Reich. Ist ja auch nicht ganz uninteressant. Die Gründe lagen auf innenpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet. Davor, also vor 1954, gehörte die Krim zur russischen Sowjetrepublik.

Diese Veränderung spielte innerhalb der Sowjetunion keine große Rolle. Denn ob nun Ukraine oder Russland, die Krim blieb ja so oder so unter dem Dach der Sowjetunion.

Zur Erinnerung: Sowjetunion bestand aus 15 Republiken, so wie die Ukraine, Russland, Kasachstan, die baltischen Republiken und so weiter. Innerhalb dieser Republiken, und das ist jetzt wichtig in dem Zusammenhang, gab es Verwaltungseinheiten mit unterschiedlichen Rechten. Die meisten eigenen Rechte hatten die sogenannten autonomen Republiken. Dann gab's noch autonome Gebiete und autonome Kreise.

Die Krim hatte zum Zeitpunkt des Referendums den Status eines autonomen Gebietes im Januar 1991. Also nicht den höherwertigen einer autonomen Republik. Und Kiew nahm dann das Ergebnis des Referendums zum Anlass, um die Lage zu entspannen, der Krim den höherwertigen Status einer autonomen Republik zu verleihen, sie also rechtlich aufzuwerten.

Ein paar Monate später zerfiel die Sowjetunion und die Ukraine wurde zum selbständigen Staat inklusive Krim natürlich. Und genau das erwies sich als gravierendes Problem. Denn dort war ja die sowjetische Schwarzmeerflotte stationiert. Und da man sich international darauf geeinigt hatte, dass Russland als Rechtsnachfolger der Sowjetunion agieren sollte, war Moskau dafür zuständig.

Die Flotte lag aber jetzt im Ausland. Es bedurfte intelligenter internationaler Verhandlungen, um zu einer Lösung zu kommen, die dann folgendermaßen aussah: Die Krim erhält einen Sonderstatus, die Flotte bleibt da, bleibt russisch. Sewastopol ist de facto russisch.

Das hat über die Jahre mehr oder weniger gut funktioniert. Das kann natürlich dann nicht mehr funktionieren, wenn sich die geopolitische Lage der Ukraine dermaßen dramatisch verändert. Man muss auch festhalten, dass Russland die West-Orientierung der Ukraine immer dann angegriffen hat, wenn sie begann, jegliche Ost-Orientierung auszuschließen.

Wenn beides möglich war, wie z.B. unter Präsident Kutschma, dann hat Moskau das so hingenommen. Unmittelbar nach der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine 1991 hat deren erster Präsident Leonid Krawtschuk verständnisvolle Signale an die sehr starke Minderheit im Land ausgesendet. Russen seien, wie er sagte, seit hundert

von Jahren hier ansässig und man werde sie auf keinen Fall diskriminieren, so wie das in den baltischen Republiken zu dieser Zeit geschah. Das haben wir auch alles vergessen. Und die auf Menschenrechte so erpichte EU hat damals dezent weggeschaut und tut es weiter.

Trotz dieser versöhnlichen Signale von Krawtschuk gab es von Anfang an Streit um die Krim. 1992, also ein Jahr später, erklärte sich die Krim für unabhängig. Es gelang wieder ein Kompromiss mit Kiew. Die Autonomie der Krim wurde wieder gestärkt und auf ein bereits damals geplantes Referendum zum Anschluss an Russland, wurde verzichtet.

Aber die Unabhängigkeitsbewegung bekam ziemlichen Aufwind. Und gewann 1994 sehr deutlich die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen auf der Krim. Der Streit eskalierte. Die Kiewer Regierung reduzierte Rechte, gab wieder welche zurück. Das ging ein paar Mal so hin und her.

Lange Rede, kurzer Sinn: Die Geschichte zeigt, wie stark die Kräfte auf der Krim waren und sind, die sich von der Ukraine trennen wollen. Jetzt mal ganz abgesehen vom nach wie vor bestehenden Problem der russischen Schwarzmeerflotte, scheint es mir nicht von politischem Sachverstand zu zeugen, den Beginn von Waffenstillstandsverhandlungen oder überhaupt irgendwelchen Verhandlungen davon abhängig zu machen, dass Russland von der Krim verschwindet.

Es gibt doch nicht nur die Wahl zwischen zwei Extremen. Einerseits, der Ukraine ihr Existenzrecht abzusprechen. Was, nebenbei bemerkt, nicht mal Russland macht. Und andererseits so zu tun, als handele es sich um einen monolithischen Block ohne jegliche Fliehkräfte. Das gilt es mit

Blick auf eine künftige Friedensordnung zu berücksichtigen.

Was ist Stand der Dinge? Die sogenannte Großoffensive der Ukraine ist grandios gescheitert. Es fehlt an Soldaten, es fehlt an Munition. Kriegsmüdigkeit ist ein perverser Begriff. Sei's drum. Kriegsmüdigkeit spielt zunehmend eine Rolle. Die Medien sind gleichgeschalteter denn je. Weite Teile des Landes sind zerstört. Die Bevölkerung ist von 52 Millionen zu Beginn der Selbständigkeit der Ukraine, also 1991, auf etwa 30 Millionen geschrumpft. Die Unterstützung aus dem Ausland lässt nach. Und die Korruption ist uferlos.

Die USA haben im März vergangenen Jahres festgestellt, dass ca. 900 Millionen U.S.-Dollar verschwunden bzw. Waffen auf dem Schwarzmarkt gelandet sind.

Daraufhin ist ein Team in die Ukraine geschickt worden, zur Überprüfung und Kontrolle. Mitgereist ist im Übrigen auch der CIA-Chef Burns. Die USA hatten eine Liste von 35 Personen, die hätten gefeuert werden sollen. Das ist in dem Umfang aber nicht passiert.

Kiew hat dann schließlich „Verfehlungen“ im Rahmen von 40 Millionen U.S.-Dollar eingeräumt. Zur Debatte stand mehr als das 22-fache. Dieser Umstand ist im Übrigen auch ein Grund für den langen Widerstand der Republikaner gegen die auf Eis liegenden Summen für die Ukraine. Das hat sich jetzt erstmal auch wieder erledigt.

Zum Stand der Ukraine, zum Stand der Dinge in der Ukraine gehört auch zunehmender Widerstand. Sowohl auf der politischen als auch auf der militärischen Ebene, obwohl das mit drastischen Strafen belegt ist.

In Kiew hat sich Bürgermeister Klitschko vor einiger Zeit mit deutlicher Kritik aus der Deckung gewagt. Und Teile der militärischen Führung, die sind schon länger mit dem Kurs ihres Präsidenten nicht mehr einverstanden. Was kein Wunder ist.

So viele Menschen werden verheizt, weil politische Parolen ausgegeben werden, irgendwelche Stellungen zu halten, die militärisch kaum Bewandnis haben oder aber nicht zu halten sind. Nach mehr als 2 Jahren Krieg steht eins fest: Es wird keine Gewinner geben.

Die Ukraine hat so oder so verloren. Tote, Verletzte, Traumatisierte. Das Land ist zerstört und wird an den interessanten Stellen jetzt von westlichen Investoren aufgekauft.

Russland hat auch verloren. Es gibt 2 neue NATO-Mitglieder. Und mit Finnland sogar eins unmittelbar an der russischen Grenze. Russland ist zwar nicht so isoliert, wie das hier gerne dargestellt wird. Aber die gedeihliche Zusammenarbeit auf dem eurasischen Kontinent ist auf absehbare Zeit tot. Dabei wäre es sowohl im Interesse der EU, gute Beziehungen mit Russland zu haben, als auch umgekehrt im Interesse Russlands, gute Beziehungen mit der EU zu haben. Wir sind natürliche Partner.

Deutschland hat sowieso verloren. Die Energiepreise sind so hoch, wie sonst kaum irgendwo. Und nicht, weil Russland uns den Gashahn zugelehrt hätte, wie es ja gebetsmühlenartig immer wieder heißt, sondern weil wir vollmundig auf russisches Gas verzichtet haben, um nicht mit dazu beizutragen, die russische Kriegsmaschinerie mit am Laufen zu halten. Das Verrückte ist: Wir kriegen ja trotzdem russisches Gas – nur über Umwege und um ein Vielfaches teurer.

Die Einzigen, die nicht vollkommen auf der Verliererstraße sind, das sind die USA. Sie haben ein Ziel erreicht. Sie haben ein Ziel erreicht, das seit fast 100 Jahren in offiziellen Papieren nachzulesen ist.

Nämlich besagte gedeihliche Zusammenarbeit auf dem eurasischen Kontinent, inklusive EU also, zu verhindern bzw. zu zerstören.

Und sie werden endlich ihr umweltschädliches und teures Fracking-Gas los und haben die preiswerte Konkurrenz, die wir bequem vor der Nase hatten, ausgeschaltet.

Einen Gewinner habe ich vergessen:
Die Rüstungsindustrie.

In Zeiten von Entspannungspolitik war da nicht viel zu holen. Das sieht jetzt anders aus. Die Aktienkurse gehen durch die Decke, die Auftragslage könnte besser nicht sein und da alles schnell gehen muss, wird's eher noch teurer. Bei der Gelegenheit werden die Lager leergeräumt und man kann die Waffen unter realen Bedingungen testen, was Gold wert ist.

Es liegt mir fern, wirklich sehr, sehr fern, Kollegenschelte zu betreiben. Die haben es in diesen veränderten Zeiten schwer genug, aus den unterschiedlichsten Gründen. Aber ich möchte doch auf die Schieflage von Berichterstattung hinweisen, wegen der katastrophalen Auswirkungen auf Krieg und Frieden.

Das Beispiel, das ich Ihnen jetzt nennen möchte, das stammt zwar von September 2020, ist aber mit Blick auf die angewandten Strukturen, auf die Mechanismen, immer noch aktuell.

Und aktuell ist ja nicht das, was heute passiert, sondern das, was heute wichtig ist. Es ging damals um die Vergiftung von Alexej Nawalny und die Frage, ob das Auswirkungen auf den Bau der Pipeline NORDSTREAM 2 hat. In der ARD-Sendung „Bericht aus Berlin“ war Heiko Maas zu Gast, der damalige deutsche Außenminister, und er bekam diese Frage gestellt.

Also: „Welche Auswirkungen hat die Vergiftung von Alexej Nawalny auf den Bau der Pipeline?“ – Er hat in etwa so geantwortet, daß man das nicht vermischen sollte und dass man vor allem erstmal abwarten sollte, was den die Untersuchungen mit Blick auf die Schuldfrage ergeben. Damit war die Kollegin aber nicht zufrieden, sondern hat nachgebohrt.

Und grundsätzlich ist das ihre Aufgabe. Insgesamt hat sie dreimal nachgehakt. Indem sie fragte: „Aber, wenn es sich herausstellen sollte, dass Putin oder die russische Regierung dahinterstecken, was denn dann?“

Und Herr Maas antwortete schließlich hörbar entnervt – ich zitiere wörtlich: „Es wäre sicher falsch, von vornherein auszuschließen, dass es keine Auswirkungen auf das Projekt haben könnte.“ Das genau hat er gesagt. – Wie gings dann weiter?

Die erste Meldung in den HEUTE-Nachrichten im ZDF lautete: „Selbst Außenminister Heiko Maas stellt NORDSTREAM 2 in Frage.“ – Nein, das hatte er eigentlich nicht. Aber genauso ging es weiter. Der Kollege in ‚Berlin direkt‘ formulierte dann: „Heiko Maas hat mit Stopp von NORDSTREAM 2 gedroht“. – Nein, das hatte er nun schon gar nicht.

Was ich damit sagen will: Das ist ein eklatantes Beispiel dafür, wie man offenbar gewünschte Schlagzeilen politischen Entscheidungsträgern in den Mund legt, indem man sie durch bestimmte Fragestellungen in die Enge treibt.

Sehr beliebt ist auch: „Bitte ganz kurz – Ja oder Nein!“. Das hat nach meinem Eindruck nicht mehr viel mit kritischer Berichterstattung zu tun. Das ist Stimmungsmache und lustvolles Drehen an Eskalationsschrauben, um alles noch ein bisschen spannender zu machen.

Und ich fürchte mittlerweile tatsächlich auch, um sich bei Kollegen nicht dem Vorwurf auszusetzen, mit Blick auf dieses ‚verabscheuungswürdige russische Regime‘, nicht kritisch genug gewesen zu sein. Das Etikett ‚Russlandversther‘ oder gar ‚Putin-Versther‘ ist ja nahezu tödlich für die Karriere.

Es waren übrigens an jenem Abend, bis auf Herrn Röttgen von der CDU und den ukrainischen Botschafter in Deutschland, – Sie erinnern sich an Herrn Melnyk? – Der übrigens mittlerweile einräumt, er habe damals in Deutschland doch wohl ein wenig übertrieben. Und der jetzt – man höre und staune – zu Verhandlungen rät, auf der anderen Seite aber, als mittlerweile Botschafter in Brasilien, alles daran tut, das brasilianisch-russische Verhältnis zu torpedieren.

Also, es waren an jenem Abend, bis auf diese beiden Herren, nicht in erster Linie die Politiker, die NORDSTREAM 2 in Frage gestellt hätten, sondern die Journalisten.

Letzter Gedanke dazu: Es empfiehlt sich, als Medienkonsument, auch eine gewisse Sensibilität für Sprache zu entwickeln. Und das bezieht sich nicht nur auf das Thema Russland und Ukraine.

Erinnern Sie sich an die Aufregung vor kurzem? Donald Trump habe mit einem ‚Blut-Bad‘ gedroht, für den Fall, dass er nicht selbstgewählt werde.

Ohne jetzt in Einzelheiten zu gehen: Der Begriff ‚Blood-Bath‘, also ‚Blut-Bad‘ – das klingt zwar martialisch und gilt durchaus auch für eine entsprechende Gewalttat. Aber nicht nur. Parallel wird der Begriff auch in der Wirtschaft verwandt, wenn es sich um einen besonders drastischen Abbau von Arbeitsplätzen handelt. Auch das ist ein ‚Blood-Bath‘.

Wäre ja vielleicht nicht schlecht, wenn Berichterstatter das auf dem Schirm hätten.

Oder, wenn es heißt: „Israel hat die Tötung des ranghöchsten Hamasführers bestätigt.“ – Israel kann das nicht bestätigen, Israel kann das nur melden. Bestätigen müsste das entweder die Hamas oder eine unabhängige Organisation. Und schließlich – vielleicht achten Sie mal darauf: Wenn es sich um ungesicherte Nachrichten handelt und es um ‚die Guten‘ geht. Dann heißt es: ‚Das und das ist offenbar so und so. ...‘ – Bei den ‚Bösen‘ – wird aus „offenbar“ in der Regel das Wort „angeblich“.

Da ist der Zweifel dann schon deutlich enthalten.

Mit Beispielen solcher Art könnte man spielend einen Vortragsabend bestreiten. Fast alle meine Russland-Bücher enthalten ausgewachsene Kapitel zu diesem Thema.

Ich möchte meine Rede mit einer Art Appell beenden. Warum? Weil zu viel auf dem Spiel steht, als das man sich raushalten könnte.

Schweigende Mehrheiten haben schon einmal eine unrühmliche Rolle in unserem Land gespielt. Das muss man vielleicht ab und zu mal in Erinnerung rufen.

Demokratien können nur überleben, wenn jeder einzelne Bürger dieses System mitträgt. Und sich nicht nur verantwortlich fühlt, sondern auch Verantwortung übernimmt. Wegducken ist in einer Demokratie keine Lösung. Und andere Meinungen, als die eigene, verhindern und verbieten, auch nicht.

„Pluralität der Meinungen ist der Motor der Demokratie.“
Stammt leider nicht von mir, sondern von Hannah Ahrendt, der allseits anerkannten Publizistin.

Mündige Bürger sind in einer Demokratie systemrelevant. Ein mündiger Bürger muss in der Lage sein, Entscheidungen zu treffen, zu wählen, die Konsequenzen seiner Entscheidungen zu überblicken und dafür dann auch die Verantwortung übernehmen.

Wenn das nicht der Fall ist, dann taugt die Demokratie nicht viel. Die Voraussetzung dafür, fundierte Entscheidungen treffen zu können, ist, so umfassend wie möglich informiert zu sein, über Hintergründe Bescheid zu wissen, Zusammenhänge zu erkennen. Das ist anstrengend und mühsam, ich weiß.

Aber Frieden ist kein Selbstläufer, sondern für alle Beteiligten harte Arbeit. Und Journalisten sind mit ihrer Arbeit nicht dazu da, Frieden zu erhalten. Weder den inneren noch den äußeren. Aber ihnen sollte schon klar sein, dass sie mit ihrer Arbeit dazu beitragen können, Frieden zu gefährden. Sowohl den inneren als auch den äußeren.

Inhaltliche Auseinandersetzungen mit faktenbasierten Meinungen, streitbare respektvolle Debatten um die besten Lösungen. Darum geht es. Denn wir werden es weiter mit Russland zu tun haben.

Von Egon Bahr stammt der Satz:

„Wir können politisch alles mögliche ändern – nur nicht die Geografie.“ Eben.

Es ist in unserem Interesse, einen Weg zu finden. Das Tragische dabei ist: Die Basis für gedeihliches Zusammenleben haben wir Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts auf dem Silbertablett serviert bekommen. Und – aus welchen Gründen auch immer – nicht genutzt.

Damals wäre es ein relativ leichtes gewesen, ein gemeinsames europäisches Haus zu bauen. Jetzt ist es geistige Kärner-Arbeit.

Und wann dämmt es den Ukrainern endlich, dass sie auf dem Altar geopolitischer Interessen geopfert werden? Wer den Ukrainern wirklich helfen will, der muss dafür sorgen, dass dieser Krieg beendet wird.

Dass es nach 2 Jahren Abnutzungskrieg für die Ukrainer ungünstiger ausgehen wird, als zu Anfang – Stichwort Istanbul – ist traurig. Aber das war abzusehen. Sie gestatten, dass ich meine Rede mit zwei Zitaten beende.

Symmetrie – 2 Bemerkungen am Anfang – 2 Zitate zum Schluss.

Das erste stammt von Thomas Mann: „Krieg ist nichts, als Drückebergerei vor den Aufgaben des Friedens.“

Und das zweite stammt von Montesquieu, dem geschätzten Staatstheoretiker und Philosophen der Aufklärung, der Ende des 17. Jahrhunderts geboren ist. – Also allein aus diesen Gründen keiner Kumpanei mit Putin bezichtigt werden kann.

Er hat schon damals den Kern des Problems deutlich gemacht und die Überlegung ist wirklich elementar.

Er hat sinngemäß gesagt, man dürfe in Sachen des Krieges nicht die offensichtlichen Ursachen mit den tieferen Ursachen verwechseln und man dürfe diejenigen, die den Krieg ausgelöst haben nicht mit denjenigen verwechseln, die ihn unvermeidlich gemacht haben.

Jetzt sind Diplomaten gefragt. Politische Pläne müssen her. Militärische reichen nicht.

Ich danke Ihnen, dass Sie mir so lange zugehört haben!

Quelle: Video-Vortrag
<https://www.youtube.com/watch?v=i3aiRII8pK8>
Dauer: 1:05:39 Stunden

Und das zweite Element von Monopolen, dem Geschäfts-
ten Staatstheorie und Politik der Politik, der
Erde der IV. Jahrhundert, der Erde, der Erde, der Erde,
diesen Gründen keine Konkurrenz mit der Erde, der Erde,
den kann.

Es ist schon damals der Kern der Erde, der Erde,
macht und die Überlegung ist wichtig elementar.

Es ist ein Element, das man dann in der Erde, der Erde,
das ist die elementare Erde, die Erde, der Erde,
sachverhalte, die man dann in der Erde, der Erde,
nicht aus der Erde, der Erde, der Erde, der Erde,
die ein universelles Element, der Erde, der Erde,

Jetzt sind die Elemente der Erde, der Erde, der Erde,
der Erde, der Erde, der Erde, der Erde, der Erde,
Ich danke Ihnen, dass Sie mir so lange zugehört haben.

Und das ist die Erde, der Erde, der Erde, der Erde,
die Erde, der Erde, der Erde, der Erde, der Erde,
die Erde, der Erde, der Erde, der Erde, der Erde,

Das ist die Erde, der Erde, der Erde, der Erde,
die Erde, der Erde, der Erde, der Erde, der Erde,
die Erde, der Erde, der Erde, der Erde, der Erde,

Das ist die Erde, der Erde, der Erde, der Erde,
die Erde, der Erde, der Erde, der Erde, der Erde,

www.Muenchen-steht-auf.de,

<https://t.me/muenchenstehtauf>

hcg - Tal 44, 80331 München